

Geld für Familien

Familiengeld von bis zu 750 Franken monatlich geplant



Stellten gestern das von der Regierung vorgeschlagene Familiengeld vor: Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck.

VADUZ – Liechtensteins Familien sollen künftig stärker finanziell unterstützt werden. Dazu will die Regierung ein Familiengeld einführen, das pro Kind in den ersten drei Lebensjahren bis zu 9000 Franken jährlich betragen soll. Damit will die Regierung der tiefen Geburtenrate entgegenwirken.

• Tino Quaderer

Das Jahr 2007 wurde von Regierungschef Otmar Hasler zum Jahr der Familien erklärt. Im Rahmen der Beantwortung eines FBP-Postulates zur Familienförderung hat die Regierung gestern ein erstes familienpolitisches Zeichen gesetzt.

Für Familien in Liechtenstein

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen und um

damit der tiefen Geburtenrate entgegenzuwirken soll in Liechtenstein ein Familiengeld eingeführt werden. «Liechtenstein braucht eine eigenständige Familienpolitik, welche die Familien in Liechtenstein fördert», so Regierungsrätin Rita Kieber-Beck. Die Einführung eines Familiengeldes sei dazu eine geeignete Massnahme.

Bis zu 750 Franken monatlich

Das Familiengeld sollen alle in Liechtenstein wohnhaften Familien erhalten – ungeachtet des Einkommens und anderer Faktoren. Für jedes Kind soll der Staat in den ersten drei Lebensjahren finanzielle Unterstützung sprechen, die ungefähr die Kosten für die ausserhäusliche Betreuung deckt. Dazu unterbreitet die Regierung dem Landtag drei verschiedene Varianten: Diese rei-

chen von 500 Franken bis zu 750 Franken pro Kind monatlich. Das Geld soll halbjährlich rückwirkend ausbezahlt werden.

Ein Jahr früher in den «Kinski»

Neben dem Familiengeld, das auf Anfang 2009 eingeführt werden könnte und jährlich Kosten von bis zu zehn Mio. Franken verursachen würde, soll zudem mit Tagesschulen sowie flexiblen Tagesstrukturen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht werden. «Nur mit einem Bündel an Massnahmen können wir diesem gesellschaftlichen Bedürfnis gerecht werden», so Regierungsrätin Kieber-Beck dazu.

Zudem will die Regierung das Kindergartenalter um ein Jahr senken und einen Familienrat einsetzen, der die Regierung in familienpolitischen Fragen beraten soll. **Seite 3**

KOMMENTAR

«Giesskannenpolitik» oder Export der staatlichen Gelder für die Familienförderung über die Grenze? Zwischen diesen Alternativen hatte sich die Regierung in der Ausgestaltung des geplanten Familiengelds zu entscheiden.

Giesskanne vs. Export

Wenn das Familiengeld im Sinne einer Giesskanne ausgeschüttet wird, profitieren davon alle in Liechtenstein wohnhaften Familien – ungeachtet des Einkommens. Die Alternative wäre es, das Familiengeld nur an jene auszuschütten, die es tatsächlich brauchen. Rechtsgutachten haben aber ergeben, dass dann nicht nur Familien in Liechtenstein anspruchsberechtigt wären, sondern die Familien aller Erwerbstätigen – also auch der Grenzgänger. Ein grosser Teil des Familiengelds würde dann ins Ausland exportiert.

Die Regierung hat sich gegen den Export des Familiengelds ins Ausland entschieden, dafür aber für die Ausschüttung an alle Familien in Liechtenstein. Ob der Landtag diesem Vorschlag folgen wird, zeigt sich im September. Gemessen an den erwarteten Kosten scheint der Entscheid der Regierung aber nachvollziehbar. So werden für das Familiengeld in der gestern vorgestellten Form Kosten von bis zu zehn Millionen Franken pro Jahr veranschlagt. Hätte sich die Regierung für den Export des Familiengelds entschieden, wären die Kosten dafür mitunter auf fast das Doppelte angestiegen.

Sozialpolitische Giesskannen sind zu Recht aus der Mode. In diesem Fall aber scheint die «Giesskanne» angesichts des sonst drohenden Exports an Familiengeld für einmal die bessere Variante zu sein. Tino Quaderer

Bündel an Massnahmen

Regierung legt Postulatsbeantwortung zur Familienförderung vor

VADUZ – Mit einem «Bündel von Massnahmen» will die Regierung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen. Im Zentrum steht dabei die Einführung eines Familiengeldes. Dieses könnte den Staat künftig jährlich rund zehn Millionen Franken kosten.

• Tino Quaderer

Im April des vergangenen Jahres haben die Landtagsabgeordneten der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) ein Postulat über die Familienförderung eingereicht. Dabei wurde die Regierung eingeladen, diverse familienpolitische Fragestellungen zu untersuchen, so dass darauf aufbauend eine neue und den veränderten Bedürfnissen entsprechende Familienpolitik ausgearbeitet werden kann.

Ein Standortfaktor

«Familienpolitik ist Gesellschaftspolitik. Eine nachhaltige Familienpolitik trägt wesentlich zu einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft bei», erklärte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck anlässlich der gestrigen Medienkonferenz. Familienfreundlichkeit sei heute zudem auch ein Standortfaktor, der nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die Wirtschaftskraft des Landes zu erhöhen vermöge. Ziel der Familienpolitik soll es aber vor allem sein, dass sich wieder mehr Menschen ihren Kinderwunsch erfüllen.

Dazu müsse die Elternschaft wieder zu einer attraktiven Wahl werden, was durch eine Familienpolitik erreicht werden könne, «die Eltern und Kinder in jeder Lebensphase nachhaltig stützt und die kein



«Ziel der Familienpolitik muss es sein, dass wieder mehr Menschen ihren Kinderwunsch erfüllen», so Regierungsrätin Rita Kieber-Beck.

bestimmtes Familienmodell bevorzugt), führte Kieber-Beck aus.

Finanzielle Entlastung

Dementsprechend sieht die Postulatsbeantwortung neben der finanziellen Entlastung durch Erhöhungen und Teuerungsausgleiche der bisherigen Familienleistungen auch die Einführung eines Familiengeldes vor. Zudem soll die Errichtung von Tagesschulen und der Ausbau von Tagesstrukturen vorangetrieben werden. Angedacht ist auch, das Eintrittsalter in den Kindergarten um ein Jahr zu senken. Die Eltern können dann entscheiden, ob ihr Kind bereits ein Jahr früher eingeschult wird. Dies diene zugleich auch der frühen

Integration ausländischer Kinder. In einem weiteren Schritt soll ein interdisziplinärer Familienrat eingesetzt werden, der eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Familienpolitik gewährleisten soll. Der Familienrat soll langfristig die familienpolitische Entwicklung begleiten sowie Impulse setzen und Anregungen geben für weitere Massnahmen – beispielsweise betreffend den Elternurlaub.

Familiengeld im Zentrum

Hauptstossrichtung der Postulatsbeantwortung ist neben der bereits vorgestellten Studie zur Situation der Familien in Liechtenstein aber die Einführung eines Familien-

geldes. «Jedes Kind ist gleichwertig», hielt Regierungsrätin Kieber-Beck fest. Daher schlägt die Regierung ein Familiengeld vor, das pauschal allen Familien in Liechtenstein zugute kommen soll. Dessen Höhe soll pro Kind maximal 9000 Franken jährlich betragen und während der ersten drei Lebensjahre gesprochen werden. Damit sollen annähernd die Kosten für die ausserhäusliche Betreuung gedeckt werden. Bei Familien, die ihre Kinder nicht ausserhäuslich betreuen lassen, soll das Familiengeld die Erziehungsleistung honorieren.

Die Begrenzung auf die ersten drei Lebensjahre begründet die Regierung damit, dass danach durch einen Ausbau der Tagesstrukturen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht werden soll. Die Kosten für das Familiengeld würden sich gemäss Berechnungen der Regierung auf jährlich bis zu rund zehn Millionen Franken belaufen.

ANZEIGE

AUGRENIER
home interiors

Innenekoration
Wohnberatung
Accessoires

Landstrasse 249
FL-9495 Triesen
Tel +423 392 11 88
Info@augrenier.li